

## **„Wir sind hier die Rückkehrberatung. Es gibt keine andere“ – Kooperation und Konflikt zwischen Ausländerbehörden und Wohlfahrtsverbänden im deutschen Rückkehrregime**

*Valentin Feneberg*

*Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), Berlin ([feneberg@dezim-institut.de](mailto:feneberg@dezim-institut.de))*

### **Abstract:**

In Deutschland gilt ein rechtlicher Vorrang der sogenannten ›freiwilligen Rückkehr‹ von Ausreisepflichtigen vor der Abschiebung. Dabei kommen Programme der (finanziellen) Rückkehrförderung zum Einsatz, deren Umsetzung in eine komplexe Akteurskonstellation zwischen Bund und Ländern eingebettet ist. Auf operativer Ebene werden insbesondere Aufgaben der Rückkehrberatung an staatliche und nicht-staatliche Akteure delegiert, also an kommunale oder zentrale Ausländerbehörden und Träger der freien Wohlfahrtspflege. Der Artikel analysiert die institutionelle Umsetzung der Politik der geförderten Rückkehr anhand der Länder Bayern und Sachsen-Anhalt. Mit Hilfe des Prinzipal-Agent-Ansatzes werden dazu die Delegationsbeziehungen zwischen politischen Auftraggebern und operativen Auftragnehmern untersucht. Im Zentrum stehen die Spannungen, die sich aus diesen Beziehungen ergeben. Es wird sichtbar, wie unterschiedlich die Modelle der Rückkehrförderung in den Bundesländern gestaltet sind, insbesondere mit Blick auf Zentralisierung und Spezialisierung der Rückkehrberatungslandschaft. Spannungen entstehen außerdem weniger durch grundsätzliche Zielkonflikte zwischen der politischen und operativen Ebene, sondern vielmehr durch eine zunehmende ›Verstaatlichung‹ der Rückkehrberatung in den Bundesländern. Dies hat Einfluss auf die Kooperation bzw. den Konflikt zwischen Ausländerbehörden und Wohlfahrtsverbänden im Rückkehrregime.